

Sächsisch Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages, Bezugspreis: Monatlich 5000 Mark, Einzelne Nummern 200 Mark, Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21296 - Schriftleitung Nr. 14574, Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 33 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anzeigenblatt 400 Mark, die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 800 Mark, unter Eingehalt 1000 Mark, Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen, Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Stellungnahmen der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesbank, Jahresbericht und Rechnungsabgrenzung der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsschuldenrevieren, Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 83

Dienstag, 10. April

1923

Loucheur wird desavouiert.

Es hat nur eine allgemeine Unterhaltung stattgefunden.

Poincarés Plan in keiner Weise abgeändert.

Paris, 9. April.
Von der Regierung ist, um die Reise Loucheurs nachträglich als bedeutungsvoll hinzustellen, am Sonnabend ein Telegramm an die belgische Regierung geschickt worden: 1. Der frühere Minister des Innern Briand war mit keiner Mission beauftragt; 2. die Reparationspolitik der französischen Regierung ist in keiner Weise abgeändert; die französischen Truppen werden das Ruhrgebiet nicht räumen, bevor die Reparationen vollkommen bezahlt sind. Was die endgültige Ziffer der deutschen Schuld anbelangt, so hält der Ministerpräsident an seinen früheren Erklärungen fest.

In den nationalistischen Kreisen ist man mit Eifer bemüht, der für Freitag und Sonnabend geplanten Pariser Zusammenkunft zwischen Lloyd, Clemens und Poincaré einen unpolitischen Charakter beizumessen. Die Besprechung sei nicht vor der Reise Loucheurs geplant gewesen und habe den Zweck, die Frage des Abbruchs des Kanals aus dem Ruhrgebiet zu sichern.

Poincaré sei nach wie vor der Meinung, der Erfolg der Ruhraktion müsse erst gesichert sein, bevor verhandelt werden könne. Er glaube über eine Einzelregelung nicht nützlich verhandeln zu können, bevor er einen Erfolg hinter sich habe. Für den Augenblick erwarte er also konkrete und direkte Vorschläge der deutschen Regierung, wie es bei der letzten französisch-belgischen Zusammenkunft beschlossen worden sei.

Keine britische Zustimmung zur Ruhraktion.

Loucheurs Besuch vollkommen inoffiziell.

London, 9. April.
Das Unterhaus ist heute nachmittags wieder zusammengetreten. Wedgewood Benn fragte, ob Bonar Law irgend etwas über den Zweck des Besuchs Loucheurs sagen könne. Das Mitglied der Arbeiterpartei Wedgewood fragte, ob nicht Poincaré vor kurzem eine Wortschatz an die Belgier geschickt habe, in der er erklärte, daß die Räumung des Ruhrgebietes nicht stattfinden werde, bis die Reparationen voll bezahlt seien. Bonar Law erwiderte: Ich glaube nicht, ich habe es nicht gesehen. Ein Arbeitermitglied fragte den Ministerpräsidenten, ob Loucheur während seines letzten Besuchs irgendwelche Vorschläge für die Lösung der Ruhrkrise vorgelegt habe und ob die Vorschläge entweder die Internationalisierung des Rheinlandes oder die Übernahme einer Bürgschaft für eine Anleihe, die durch Deutschland aufgenommen werden solle, um sofortige Zahlungen an Frankreich zu leisten, durch England betreffen. Wenn ja, ob er es Loucheur nahegelegt habe, daß England seinen dieser Vorschläge annehmen könne. Bonar Law erwiderte, Loucheurs Besuch sei vollkommen inoffiziell gewesen und es habe nur eine allgemeine Unterhaltung stattgefunden.

Kennwort fragte, ob es wahr sei, daß der Ministerpräsident in seinem eigenen Namen und im Namen der Regierung seine Zustimmung zu den französischen Aktionen im Ruhrgebiet ausgedrückt habe. Bonar Law verneinte und betonte, die Frage sei niemals erzwungen worden. Kennwort fragte hierauf, ob denn die Berichte in der französischen und englischen Presse, daß Loucheur nach Frankreich zurückgekehrt sei mit einer Zustimmung der britischen Regierung zu der

französischen Aktion im Ruhrgebiet, nicht eine wahre Mitteilung der Tatsachen darstelle. Bonar Law erwiderte: Ich habe keinerlei derartige Mitteilungen gesehen.

Englische Kritik an Loucheurs Plan.

London, 9. April.
Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt: Trotz der Rückkehr Bonar Law und Stanley Baldwin nach London seien die britischen amtlichen Kreise äußerst abgeneigt, irgendeine Ansicht über die Frage des Besuchs Loucheurs auszusprechen und über die von ihm während seines Besuchs dargelegten Gedanken. Bonar Law und seine Kollegen hätten die Gelegenheit eines unformellen Meinungsaustausches mit einem so hervorragenden Franzosen wie Loucheur begrüßt. Aber man sahle sich auf britischer Seite zu keiner maßgebenden Erklärung ermächtigt, bevor ein formeller Plan, der alle oder doch einige der Ansichten Loucheurs umfasse, der britischen Regierung offiziell im Namen der französischen Regierung überreicht werde. Man wolle in London nicht, wie meist Loucheurs Ansichten die Ansichten darstellen, die angeblich von Poincaré und dem französischen Kabinett vertreten würden. Den Informationen des Berichterstatters zufolge sei die Politik Poincarés von der Loucheurs in zahlreichen einzelnen Punkten verschieden, wenn nicht in einigen grundsätzlichen Punkten. Der französische Ministerpräsident werde dies vielleicht bald Norm machen. Es brauche jedoch nicht unbedingt daraus geschlossen zu werden, daß es so bleiben werde. Ebenso überreicht würde die Annahme sein, daß die Gedanken der französischen Gemäßigten von den britischen Kreisen vorbehaltlos angenommen würden.

Es gebe mindestens zwei größere Fragen, in denen mangelnd eines vollkommenen und klaren Planes die französischen Gemäßigten auf den ersten Blick Vorschläge wiederzugeben scheinen, deren einer finanzieller, der andere politischer Natur sei, und die ein gutes Stück weiter gingen, als irgend eine britische Regierung bereit sein könnte zuzulassen. 1. W. werde darin mittelbar gefordert, daß Großbritannien sich bemühen solle, von Deutschland die Beträge zu fordern, die notwendig seien, um Großbritannien's Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten zu erfüllen, jedoch nicht für Reparationszahlung. Dergleichen werde der Vorschlag der Cassation eines west-rheinischen Staates in London mit gewissen Beschränkungen aufgenommen, da er einen Eingriff in das innere Geistes Deutschlands darstelle.

Es sei jedoch möglich, daß später, wenn diese Probleme gründlich durchgesprochen seien, ein Plan entstehen könne, der diese und andere britische Einwände beseitigen würde. Loucheurs Vorschläge seien natürlich nicht in Gestalt eines endgültigen Planes erfolgt, den nur die französische Regierung unterbreiten könne, sondern in der Art von vernünftigen Vorschlägen, die eine Erörterungsgrundlage bilden. Der nicht-formelle Meinungsaustausch, der möglicherweise auf einer mehr offiziellen Grundlage fortgesetzt werden könne, sei natürlich ziemlich heisser Art. Daher werde es für wesentlich und dringend notwendig gehalten, daß auf beiden Seiten des Kanals gewisse Übertreibungen und Irrtümer vermieden würden.

Ein gemeinsamer Schritt der vier Alliierten?

London, 9. April.
Der politische Berichterstatter des Evening Standard schreibt: Wie verlautet, werde Bonar Law nicht mehr lange eine wichtige Erklärung über die Verträge zur Förderung einer gemeinsamen Politik bezüglich der deutschen Reparationszahlungen veröffentlichen. Man glaube, daß die

Zusammenkunft mit den Belgiern, die Poincaré diese Woche nach Paris betreten habe, den doppelten Zweck verfolge, den Bericht Loucheurs zu erörtern und einen Kollektivschritt bei Großbritannien und Italien zu machen. Es werde allgemein angenommen, daß dieser Schritt erfolge, um unter den vier Alliierten endgültig eine Reihe von Vorschlägen und Forderungen zu vereinbaren, die der deutschen Regierung vorgelegt werden sollen, sobald der Augenblick dafür für geeignet gehalten würde.

Der Reparationsvorschlag der internationalen Sozialisten.

Paris, 9. April.
Der von den internationalen Sozialisten in Berlin und Paris durchgesprochene Reparationsplan wird heute von dem Deputierten Kurios näher erläutert und erklärt; der Plan habe folgende Kernpunkte: Keine Gebietsbesetzung zum Zwecke der Sicherung, schnelle Mobilisierung der deutschen Schuld durch einige Anleihen, Ausgleichung der interalliierten Kriegsschulden, Übertragung der deutschen Verpflichtungen auf etwa 20 Milliarden Goldmark für Frankreich, die hauptsächlich für den Aufbau der zerstörten Gebiete verwendet werden sollen. — Kurios behauptet, daß die internationale Sozialdemokratie die Wichtigkeit habe, das nötige Geld für die Anleihen ohne aufgebracht werden, falls die Schuldzinsen genau festgesetzt sind und unter der Voraussetzung, daß an Stelle politischer Forderungen wirtschaftliche Sicherheiten verlangt werden. Die Forderungen zu der Gesamtregelung würde am besten von Frankreich ausgehen, doch würde eine endgültige Regelung erst durch Beratungen aller interessierten Staaten zu erreichen sein.

Ein Reparationsplan des „Matin“

Paris, 9. April.
Im „Matin“ entwickelte heute dessen Chefredakteur, de Jouvenel, die Grundsätze der französischen Reparationspolitik: 1. Jedes Volk muß seine eigenen Kriegskosten bezahlen. Da Frankreich nach dem Vertrag darauf verzichtet hat, die Zahlung der Kriegskosten von Deutschland zu verlangen, dürfen die anderen Verbündeten auch keine Zahlungen von Frankreich fordern. Die interalliierten Schulden müssen ausgeglichen werden. 2. Jedes Volk muß seine eigenen Pensionen bezahlen. 3. Deutschland muß den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bezahlen. Um diesen Plan durchzuführen, genüge es, daß Deutschland in den nächsten fünf oder sechs Jahren Anleihen aufnimmt. Wenn die Engländer und Amerikaner auf die Forderungen an die anderen Verbündeten verzichten und Deutschland von der Zahlung der Pensionen befreit ist, bleibt als Restschuld Deutschlands schließlich eine Summe übrig, die am Kapital und Zinsen etwa 40 Milliarden Goldmark ausmacht.

Das Pariser Echo eines Stresemann-Artikels.

Paris, 9. April.
Die französische Presse beschäftigt sich sehr lebhaft mit einem Artikel, den der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, in der „Völkischen Zeitung“ veröffentlichte und greifen dabei besonders heraus, daß Stresemann Frankreich eine Priorität in Reparationsfragen zugesichert. Der „Temps“ glaubt, Stresemann wolle einen Gegensatz zwischen den Verbündeten konstruieren! Im übrigen hätte die Reichsregierung ihre Zersplitterungsvorschläge drei Monate vorher veröffentlichten sollen. Der „Avenir“ schließt aus Stresemann's Reden, daß die Deutsche Volkspartei einer Verhängung nicht mehr grundsätzlich abweichend gegen-

In der heutigen Sitzung des Landtages

gab Ministerpräsident Dr. Zeigler, nachdem er die neuen Mitglieder des Kabinetts, die Minister Graupe und Liebmann, vorgestellt hatte, eine längere Regierungserklärung ab, deren Wortlaut wir in der Landtagsbeilage dieser Nummer veröffentlichen.

Überreichte „Draber“ ist der Auffassung, daß Stresemann's Standpunkt den Interessen Frankreich im wesentlichen gerecht werde. Der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris“ mißt Stresemann's Ausführungen bei dessen engen Beziehungen zur Weimarer Regierung den Charakter einer offiziellen Regierungserklärung bei. Das Blatt selbst ist der Ansicht, Stresemann wolle die Verbündeten gegeneinander aufspielen.

Staatssekretär Hamu verhaftet.

Berlin, 10. April.
Der von der Reichsregierung nach Sibirien entsandte Staatssekretär Hamu ist in Scharzhorst von den Franzosen verhaftet worden. Außerdem wurden verhaftet: der frühere Reichspostminister Siebertz, der frühere preussische Ministerpräsident Siegelwald, sowie der Industrielle Hugo Stinnes. Siebertz, Siegelwald und Stinnes wurden heute wieder freigelassen. Die Verhaftung Hamu wurde noch aufrecht erhalten.

Die rheinischen Sozialisten gegen die Errichtung eines rheinischen Bundesstaates.

Köln, 9. April.
Westen kam es hier zu einer einflussreichen Kundgebung der rheinischen Sozialdemokratie. Von Saarbrücken hinaus bis zum Mosener Winkel, vom Nahetal bis zum Siegenland hatte die Partei ihre Vertreter nach Köln entsandt, wo Reichstagsabgeordneter Solmann eine Rede hielt. Es wurde folgende Entschliessung angenommen: Die rheinische Sozialdemokratie erklart in dem französisch-belgischen Einbruch in das deutsche Ruhrgebiet einen militärisch-imperialistischen Gewaltakt gegen die von den Alliierten nach innen und nach außen zu schädende Republik. Als unvermeidliche Folge jedes imperialistischen Raubpolitis werden die Sozialdemokraten in ihrem passiven Widerstand gegen die französischen Heere auszuhalten, bis Frankreich zu einer Verständigung über die Wiedergutmachung im Rahmen der deutschen Leistungsfähigkeit bereit ist. Die Sozialdemokratie trägt den französischen Militarismus des Wortes an deutschen Volksgenossen an, sie erhebt schärfsten Einspruch gegen die unerhörte Verletzung der Autonomie tausender rheinischer Volksgenossen mit Frauen und Kindern und gegen das unmenschliche Wüten der Militärgerichte. Sie spricht diesen Opfern der französischen Gewaltpolitik ihre warmste Sympathie aus. Sie protestiert gegen die un-aufhörlichen Eingriffe gegen die Pressefreiheit, gegen die Unterdrückung der Versammlungen und gegen die fortschreitende Lahmlegung des politischen und wirtschaftlichen Lebens.

Von der Reichsregierung erwartet die Sozialdemokratie, daß sie ihren Verhandlungswillen durch keinerlei Unklarheiten verdunkeln läßt. Die Reichsregierung muß einen Reparationsplan beithalten, der unter der